



Hamburg, 30.11.2018

Pressemitteilung

G9 am Gymnasium: CDU beendet Schulfrieden

Mit ihrem aktuellen Vorstoß für den kommenden Wahlkampf, den neunjährigen Bildungsgang an Hamburgs Gymnasien wieder anzubieten, verabschiedet sich die CDU vom sog. Schulfrieden.

Dieser beinhaltete unter den Bedingungen des Zwei-Säulen-Modells vor knapp 10 Jahren auch, dass das Abitur an den Gymnasien in acht, an den Stadtteilschulen in neun Jahren erworben wird. Dahinter stand die Überzeugung, dass die Stadtteilschulen ein Alleinstellungsmerkmal brauchen, um gegenüber den Gymnasien in den Augen der Öffentlichkeit und vieler Eltern nicht als zweitrangig dazustehen. Auch die CDU stand damals hinter dieser Verabredung.

Dazu **Anna Ammonn**, Vorsitzende der GGG-Hamburg:

„Wir nehmen seit längerer Zeit wahr, dass die CDU die Stadtteilschule gerne als die Schulform für die früheren Haupt- und Realschüler sähe.

Wenn die Stadtteilschule in ihrer Arbeit unter ohnehin schwierigen Bedingungen nun geschwächt werden sollen, indem ihr ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal genommen wird, dann sind wir mitten in der Debatte um den Schulfrieden und damit in der Debatte um das Zwei-Säulen-Modell. Die GGG diskutiert gerne auch mit der CDU über das längere gemeinsame Lernen. Gemeinsames Lernen findet aber – wie in der Grundschule - in einer Schulform für alle Kinder statt. Herr Trepoll suggeriert, längeres gemeinsames Lernen könne in einer Schulform stattfinden, die ihre Schüler nach der sechsten Klasse abschult, wenn sie das Klassenziel nicht erreichen.“